Wirtschaftssysteme in West- und Ostmitteleuropa*

von
Gernot Gutmann

I

1. „Die seit dem Ende des letzten Krieges in Gang befindliche Umformung Ost-Mitteleuropas und seine Umorientierung vom Westen nach dem Osten bildet einen beispiellosen Einschnitt in der Geschichte unseres Erdteils“, so heißt es in dem von Ernst Birke verfaßten Vorwort des Bandes „Die Sowjetisierung Ostmitteleuropas“, den er zusammen mit Rudolf Neumann und unter Mitwirkung von Eugen Lemberg im Auftrag des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrats 1959 herausgegeben hat¹. Im Rahmen der kulturellen Enteuropäisierung Ostmitteleuropas wurden nach 1945 auch die Wirtschaftssysteme dieser Länder dem Muster des sowjetischen angeglichen. Es kam überall zum Aufbau jener Art einer Wirtschaftsordnung, die Karl C. Thalheim als „Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs“ gekennzeichnet hat. Die Geschichte der Einführung dieses Ordnungstyps in den baltischen Staaten, in Polen, in der Tschechoslowakei, in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone und heutigen DDR sowie im Donau- und Balkanraum wird in dem eben zitierten Band ausführlich und eindrucksvoll beschrieben.

In den Ländern Westmitteleuropas kam es hingegen zur Einführung oder zur Wiederbelebung grundsätzlich marktwirtschaftlicher Ordnungen, wenngleich sich hier in den einzelnen Ländern durchaus nicht unwesentliche Verschiedenheiten zeigten. Die marktwirtschaftliche Ordnung, wie sie sich ab 1948 unter dem Einfluß von Ludwig Erhard im Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland entwickelte, war zweifellos in erheblichem Grade unterscheidbar von jener, die zur Zeit der „Planification“ in Frankreich bestand.

Sehr deutlich läßt sich dieses Auseinanderdriften der Wirtschaftssysteme zwischen West- und Ostmitteleuropa am Falle Deutschlands demonstrieren. Wirtschaftssysteme können Ergebnis historischer Entwicklungen sein, in denen sich zu unterschiedlichen Zeiten entstandene Normen und Institutionen übereinanderschichten. Dies dürfte für die meisten westlichen Industriestaaten zutreffen. Ein Wirtschaftssystem kann aber auch durch bewußte Entscheidung von Machthabern geschaffen werden, die dabei von festen Überzeugungen ausgehen. Dies trifft auf die Länder Ostmitteleuropas zu. Hinsichtlich des

* Vortrag auf der Jahrestagung des J. G. Herder-Forschungsrats vom 5.–7. April 1989 in Marburg: „Das Auseinanderdriften Mitteleuropas in den letzten vier Jahrzehnten. Über die Vereinbarkeit gewachsener Strukturen in Ost und West“.

1) Die Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas. Untersuchungen zu ihrem Ablauf in den einzelnen Ländern, hrsg. von E. Birke und R. Neumann, Frankfurt, Berlin 1959, S. V.

Wirtschaftssystems der Bundesrepublik Deutschland verbinden sich wohl beide Elemente. „Einerseits“, so legt Wolfram Fischer dar², „sind darin zahlreiche traditionelle Bestandteile eingegangen, die bei Kriegsende existierten und auch in der Besatzungszeit nicht angetastet wurden, andererseits haben die Besatzungsmächte sowie Regierung und Parlament der Bundesrepublik, besonders in der Anfangsphase, einige grundlegende Entscheidungen getroffen, die bis heute das Wirtschaftssystem im westlichen Teil Deutschlands prägen.“ Dazu gehören Entscheidungen betreffend die Währungsordnung, den Wettbewerb, die föderative Finanzverfassung, die Außenwirtschaftsordnung sowie die Arbeits- und Sozialordnung, also Teilordnungen, die sich mit anderen Elementen, wie der verfassungsrechtlichen Eigentumsgarantie, zu jener Wirtschaftsordnung zusammenfügen, die Alfred Müller-Armack konzeptionell als „Soziale Marktwirtschaft“ bezeichnet hat.

In der sowjetischen Besatzungszone entwickelten sich schon früh, und zwar schon vor der offiziellen Konstitution der DDR, Ansätze zu einer Zentralverwaltungswirtschaft heraus und zwar unter dem Einfluß der sowjetischen Militäradministration³. Die Bodenreform von 1945, also die entschädigungslose Enteignung landwirtschaftlicher Großbetriebe mit mehr als 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche und deren Aufteilung in „Neubauernbetriebe“ einerseits und „volkseigene Güter“ andererseits, die Sequestrierung und die spätere Enteignung industrieller Groß- und Mittelbetriebe, die Schließung von Banken und Versicherungen sowie Anfänge einer zentralen Planung ab 1948 waren erste Schritte auf dem Weg des Aufbaus zu einer Wirtschaftsordnung nach sowjetischem Muster. – Deutschland wurde ordnungspolitisch gespalten.

2. Unter Verzicht auf Details und mit Beschränkung auf wesentliche Momente lassen sich die beiden entgegengesetzten Grundtypen von Wirtschaftsordnungen oder Wirtschaftssystemen, die sich in West- und Ostmitteleuropa entwickelten, wie folgt skizzieren, wenn man dabei dem sich seit Beginn der siebziger Jahre verbreitenden Paradigma der Beschreibung und der Analyse von Wirtschaftssystemen folgt, wie es von John Michael Montias⁴, Morris Bornstein⁵, Egon Neuberger, William Duffy⁶, David Conn⁷

2) W. Fischer: Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung, in: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, S. 11.

3) Vgl. K. C. Thalheim: Entstehung und Entwicklung des Wirtschaftssystems der DDR nach dem II. Weltkrieg, in: Materialien (wie Anm. 2), S. 17ff.

4) Vgl. J. M. Montias: The Structure of Economic Systems, New Haven, London 1976; ferner: T. C. Koopmans, J. M. Montias: On the Description and Comparison of Economic Systems, in: Comparison of Economic Systems. Theoretical and Methodological Approaches, hrsg. von A. Eckstein, Berkeley, Los Angeles, London 1971, S. 27ff.

5) Vgl. Comparative Economic Systems. Models and Cases, hrsg. von M. Bornstein, 3. Aufl., Homewood, Ill. 1974; ders.: An Integration, in: Comparison (wie Anm. 4), S. 339ff.

und anderen ausgehend in die einschlägige Literatur Eingang gefunden hat. Diesem Paradigma zufolge lassen sich die charakteristischen Eigenarten von Wirtschaftssystemen anhand ihrer Entscheidungsstruktur, ihrer Informationsstruktur und ihrer Motivationsstruktur erfassen, wobei man von der Überlegung ausgeht, daß die einem bestimmten Wirtschaftssystem zugehörenden Akteure Ziele verwirklichen wollen und zu diesem Zweck miteinander in Interaktionen treten, wobei die einzelnen Akteure mit ihrer ökonomischen Umwelt durch Kommunikationen verbunden sind, die es ihnen gestatten, Informationen zu empfangen, zu verarbeiten und weiterzuleiten, die dann Grundlage für Entscheidungen und Strategien sind. – Mit Entscheidungsstruktur ist die Art und Weise gemeint, in der innerhalb einer Gesellschaft die Kompetenz verteilt ist, Entscheidungen über wirtschaftliches Handeln zu treffen. Diese Kompetenzverteilung wird durch bestimmte, in der betrachteten Gesellschaft vorfindbare Regeln rechtlicher und sozialer Art begründet. – Die Informationsstruktur umfaßt die vorhandenen Kanäle und Formen des Sammelns, Nutzens, Verbreitens und Speicherns von entscheidungsrelevanten Informationen und damit auch die Art der Koordination von Einzeldispositionen zu einem die ganze Wirtschaft überdeckenden Entscheidungsgeflecht. Entscheidungsrelevantes Wissen über seine Umwelt – also über Technologien, die Verfügbarkeit von Ressourcen, die Präferenzen anderer Wirtschaftssubjekte etc. – kann der einzelne wirtschaftlich Handelnde durch Beobachtung oder durch Übertragung von Nachrichten gewinnen. Auch die Informationsstruktur wird durch rechtliche und soziale Regeln begründet. – Mit Motivationsstruktur meint man jene Formen und Mechanismen, die Leistungen stimulieren oder ergänzen. Sie ist, wie Conn sagt⁸, „a specification of the procedures or rules by which the various members of a system are rewarded or penalized“.

Diese Strukturen eines Wirtschaftssystems manifestieren sich in den Elementen der Wirtschaftsordnung, also in den Formen, in denen Einsatz und Verwendung von Produktionsfaktoren geplant wird, in den Formen der Ausübung von Eigentumsrechten, in den Formen der Preisbildung und der Entstehung des Tauschmittels Geld sowie in den Formen, in denen sich in den Einzelwirtschaften die Willensbildung vollzieht und darin, welche konkreten Ziele verfolgt werden. Diese Formen wurzeln ihrerseits,

6) Vgl. E. Neuberger, W. Duffy: *Comparative Economic Systems. A Decision making Approach*, Boston u.a. 1976.

7) Vgl. D. Conn: *Toward a Theory of Optimal Economic Systems*, in: *Journal of Comparative Economics*, Vol. 1, No. 4, New York, London 1977, S. 325ff.; ders.: *The Evaluation of Centrally Planned Economic Systems: Methodological Precepts*, in: *Comparative Economic Systems: An Assessment of Knowledge, Theory and Method*, hrsg. von A. Zimbalist, Boston u.a. 1984, S. 15ff.

8) Conn, *The Evaluation of Centrally Planned Economic Systems* (wie Anm. 7), S. 21.

worauf besonders Friedrich August von Hayek hingewiesen hat⁹, in bewußt gestalteten rechtlichen und in historisch gewachsenen sozialen Regeln, wobei die letzteren allgemein akzeptierte normative Verhaltensmuster darstellen, die sich in Sitten und Gebräuchen, Gewohnheiten und in allgemeinen Verhaltenserwartungen zeigen.

3. In den marktwirtschaftlichen Systemen Westmitteleuropas wird im Rahmen eines mehr oder weniger dichten Netzes wirtschaftspolitischer Setzungen in einer Vielzahl kleiner, mittlerer und großer Unternehmungen der Prozeß der Produktion von privaten Gütern geplant und zwar nach Maßgabe von Zielen, welche alle diese Wirtschaftseinheiten jeweils verfolgen und auf Grund von Informationen, die zum großen Teil über Märkte vermittelt werden. Unter volkswirtschaftlichem Aspekt heißt das: Die Gesamtheit der Planentscheidungen über die Produktionsprogramme aller Unternehmungen ist auf eine Vielzahl von Produktionseinheiten aufgespalten; sie ist dezentralisiert. Diese dezentralisierte Planung der Produktionsprogramme geschieht auf der Grundlage rechtlich-institutioneller Regelungen, welche Teil der Wirtschaftsordnung sind. Dazu gehören vertragsrechtliche Normen, Wettbewerbsregeln, Sicherheitsbestimmungen für Produktion, Lagerung und Transport von Gütern und Regelungen betreffend den Arbeitsschutz, die innerbetriebliche Willensbildung oder den Schutz der Umwelt. Die Einbindung der unternehmerischen Planentscheidungen in solche rechtlich begründeten Ordnungsregeln hat nichts gemein mit zentraler Planung der einzelwirtschaftlichen Programme. Ebenso falsch wäre die Verwechslung von zentraler Planung des Wirtschaftsprozesses mit der wirtschaftspolitischen Steuerung seitens staatlicher Träger von Wirtschaftspolitik, die u. a. zu dem Zweck betrieben wird, den Markt- und Wettbewerbsprozeß gegen konjunkturelle und strukturelle Verwerfungen zu stabilisieren. Freilich zeigen sich im konkret angewendeten Instrumentarium dieser Politik in den verschiedenen marktwirtschaftlichen Systemen Westmitteleuropas signifikante Unterschiede.

Wir haben es also in diesem Bereich der marktwirtschaftlichen Systeme mit einer grundsätzlich dezentralisierten Entscheidungsstruktur und mit einer Informationsstruktur zu tun, die via Marktprozesse Wissen in vielfacher anonymer Weise von Informanten zu Informationsempfängern vermittelt. Eine wichtige Rolle hierbei spielt auch das meist dominierende Privateigentum an den Produktionsmitteln. Eigentumsrechte begründen nämlich Motivationen, Risiken zu übernehmen und Leistungen zu erbringen. Sofern zureichend Wettbewerb an den Märkten besteht, erwachsen aus Gewinnchancen und Verlustrisiken, die nichts anderes bedeuten als Wertsteigerungen oder Wertminderungen von Eigentum, Anreize sowohl zur Anpassung der laufenden Produktion

9) Vgl. F. A. von Hayek: Arten der Ordnung, in: ORDO. Jb. für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft XIV (1963), S. 1 ff., wieder abgedruckt in: ders.: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze, Tübingen 1969, S. 32 ff.

an die gegebene Nachfrage, als auch – was noch viel entscheidender ist – Motivationen zur Einführung neuer Produkte und neuer Herstellungsverfahren (Innovationen), aber auch zur Nachahmung von Neuerungen, die von anderen bereits eingeführt worden sind (Imitationen).

Außer privaten Gütern werden in einer Marktwirtschaft aber auch öffentliche und meritorische Güter produziert. Bei öffentlichen Gütern handelt es sich um Produkte, von deren Nutzung dann, wenn sie einmal vorhanden sind, kein Interessierter ausgeschlossen werden kann. Nutznießer öffentlicher Güter nehmen leicht die Position eines Trittbrettfahrers ein. Da das Ausschlußprinzip hier nicht anwendbar ist, beruht die Erzeugung dieser Güter auf anderen als den Spielregeln des Entscheidungsprozesses, der für private Güter gilt. Der Grund hierfür ist, daß die Nutznießer solcher Güter nicht in jedem Falle freiwillig dazu bereit sind, sich in dem Umfang an den entstehenden Produktionskosten zu beteiligen, daß die Herstellung solcher Güter kostendeckend und mit Aussicht auf Rentabilität und Gewinn erfolgen könnte. Güter dieser Art können daher nicht an Märkten angeboten und nachgefragt werden. Zu einer Beteiligung an den Kosten der Produktion öffentlicher Güter kann es, da keine Märkte vorhanden sind, nur durch die Steuerhoheit des Staates, also durch staatlichen Zwang kommen. An die Stelle individueller, einzelwirtschaftlicher Entscheidungen, wie sie bei privaten Gütern getroffen werden, treten jetzt Entscheidungen politischer Gremien.

Güter, für die das Ausschlußprinzip grundsätzlich gilt und für die es daher einen Markt geben könnte, die jedoch auf Grund eines politischen Entscheids den Charakter öffentlicher Güter erhalten haben, werden meritorische Güter genannt. Sie werden als so bedeutsam angesehen, daß zur Versorgung des Gemeinwesens mit diesen Produkten durch öffentliche Ausgaben über jenes Maß hinaus Sorge getragen wird, das durch den Markt bereitgestellt und das von den privaten Nachfragern freiwillig bezahlt würde. Typische Güter dieser Art sind Leistungen des öffentlichen Gesundheitswesens und des Erziehungs- und Bildungswesens. Hinsichtlich der Frage, welche Güter als private oder als meritorische angeboten werden sollen, gibt es freilich in den Marktwirtschaften Westmitteleuropas durchaus unterschiedliche Auffassungen und kontroverse Diskussionen.

Insoweit öffentliche und meritorische Güter durch öffentliche Einrichtungen hergestellt werden, wirken jene Leistungsmotivationen, die von der Herstellung privater Güter und dem Tausch über Märkte her bekannt sind, allenfalls partiell. Rentabilitäts- und Gewinninteressen spielen als Anreize für Verwaltungsbeamte kaum eine entscheidende Rolle. Da der Leistungszwang des Marktes fehlt, ist auch der Zwang zur Selbstkontrolle aus Selbstinteresse gering. In Unternehmungen, in denen private Güter produziert werden, geht fehlerhaftes Wirtschaften unter der Voraussetzung von Wettbewerb an den Märkten unweigerlich zu Lasten der erstrebten Rentabilitäts- und Gewinnziele. In öffentlichen Verwaltungen hingegen werden wirtschaftlich unzweckmä-

Bigge Handlungen nicht notwendigerweise mit Einkommenseinbußen bei jenen Personen geahndet, die Fehlverhalten zeigen. Letzteres geht dann zu Lasten der Allgemeinheit. In öffentlichen Verwaltungen ist Streben nach Wirtschaftlichkeit keineswegs eine dominierende Verhaltensweise. Hingegen spielen Ziele wie Budgetmaximierung, Gewinnung von Prestige und Bequemlichkeit eine wichtige Rolle, wie die Ergebnisse der bürokratiethoretischen Analyse zeigen.

Trotz der Verschiedenartigkeit der beiden Entscheidungsprozesse, die der Produktion privater und öffentlicher Güter im Rahmen einer Marktwirtschaft in Westmitteleuropa zugrunde liegen, sind sie miteinander verzahnt. Sie bilden in dieser jeweils tatsächlich vorfindbaren Verknüpfung den gesamten volkswirtschaftlichen Entscheidungsprozeß. Gesetze, welche Grundlage für die bestehende Wirtschaftsordnung sind, werden von politischen Beschlußgremien als öffentliche Güter hervorgebracht. Der Gesetzgeber schafft damit die Basis für den Entscheidungsprozeß, aus dem heraus die Produktion privater Güter erwachsen kann. Diese Art der Produktion öffentlicher Güter bildet daher die ordnungspolitische Voraussetzung für marktwirtschaftliches Geschehen. Zur Herstellung öffentlicher und meritorischer Güter ist aber andererseits der Einsatz von Produktionsfaktoren ebenso unverzichtbar wie zur Erzeugung von privaten Gütern. Diese Produktionsmittel werden zum größten Teil in jenem Bereich des Wirtschaftens bereitgestellt, der auf dem wettbewerblichen Marktprozeß beruht. Über die Nachfrage nach solchen Vorleistungen und Produktionsfaktoren sind die Produktionspläne für öffentliche Güter mit den Märkten und dadurch mit den Wirtschaftsplänen jener Einheiten verzahnt, die private Güter produzieren und diese im wettbewerblichen Marktprozeß tauschen. Die beiden je anderen Prinzipien gehorchenden Entscheidungsprozesse sind daher unlösbar miteinander verknüpft.

4. Die Zentralverwaltungswirtschaften sowjetischen Typs in Ostmitteleuropa sind dagegen Wirtschaftsordnungen, deren Wirtschaftssystem auf Grund von Entscheidungen staatlicher Zentralinstanzen strukturiert wird. Diese Wirtschaftssysteme sind darauf ausgerichtet, Ziele zu verwirklichen, die von staatlichen Entscheidungsträgern formuliert werden. Charakteristisch für diese Wirtschaftssysteme ist es, daß sie nach den Prinzipien einer *Organisation* aufgebaut sind. Organisator ist dabei die politische Führungsspitze in Partei und Staat, nach deren Willen die anzustrebenden Ziele sowie die Hauptlinien von Struktur und Muster des zustande kommenden wirtschaftlichen Gesamtgeschehens bestimmt werden.

Beim Planungssystem einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs handelt es sich inhaltlich um den Versuch, Zusammensetzung, Umfang und Verwendung der Produktion von Sachgütern und Dienstleistungen für eine bestimmte Planperiode administrativ zu bestimmen. Mittels spezifischer Planungsinstrumente, etwa der sogenannten Bilanzierungsmethode, und einer den Prinzipien einer funktional gegliederten Organisation entsprechenden

mehrstufigen Wirtschaftsverwaltung versucht man, den volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß auf die durch die politischen Entscheidungsträger formulierten Ziele hin auszurichten¹⁰. Darin eingeschlossen ist die Bestimmung der außenwirtschaftlichen Beziehungen sowie gegebenenfalls deren vorherige Abstimmung mit den entsprechenden Organen im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Komplement dieser administrativen Planung in Zentralverwaltungswirtschaften sowjetischen Typs ist das Rechtsinstitut des weitgehend geltenden Gemein- oder Kollektiveigentums an den Produktionsmitteln. Staatliches Eigentum – als Volkseigentum bezeichnet – wird oftmals für bestimmte Bereiche der Wirtschaft als einzig mögliche Form von Produktionsmitteleigentum vorgeschrieben. Daneben wird kollektives Gruppeneigentum in Landwirtschaft und Handwerk zugelassen, das bisher neben dem Staats- oder Volkseigentum als eine von seiner politökonomischen Qualität her gesehen niedrigere Form des gesellschaftlichen Eigentums begriffen wurde. Daneben wird meist auch noch Privateigentum an Produktionsmitteln erlaubt, allerdings nur in sehr beschränktem Umfang.

Charakteristisch für diesen Ordnungstyp ist auch die prinzipiell plandeterminierte und staatliche Fixierung der Preise. Es gibt im offiziellen Bereich der Wirtschaft – vielleicht mit einer gewissen Ausnahme bei der Verteilung von Konsumgütern an die Bevölkerung – keine ausgebildeten Märkte als Ort des freien Tausches und der Koordination allokativer Entscheidungen.

Administrativ zentrale Planung und staatliches Produktionsmitteleigentum lassen grundsätzlich wenig Raum für legitimes, selbstbestimmtes ökonomisches Handeln der Betriebe. Durch die Institutionalisierung und Organisation der volkswirtschaftlichen Planung versuchen die staatlichen Entscheidungsträger vermittels spezieller wirtschaftspolitischer Instrumente, die ökonomischen Entscheidungen, die in den Betrieben zu treffen sind, an den im Zentralplan manifestierten Zielen der politischen Entscheidungsinstanzen auszurichten. Hierzu dient die als „Planerfüllungsprinzip“ zu kennzeichnende systemtypische Zielfunktion von Betrieben. Diese auch für die übrigen Funktionsträger der Wirtschaftsverwaltung geltende Zielfunktion bedeutet inhaltlich, daß die Leistung eines Betriebes oder einer sonstigen Einrichtung letztlich danach bemessen wird, ob das in der Planaufgabe (Plansoll) vorgegebene Leistungsniveau auch tatsächlich erreicht oder gar überschritten wird (Planist). Planerfüllung und Planübererfüllung werden materiell und immateriell durch Prämien oder durch Auszeichnungen entlohnt, Planuntererfüllung ökonomisch und moralisch durch Kürzung von Prämien und durch sonstige Maßregelungen bestraft.

10) Vgl. G. Gutmann, W. Klein: Wirtschaftspolitische Konzeptionen sozialistischer Planwirtschaften, in: Wirtschaftspolitik im Systemvergleich, hrsg. von D. Casel, München 1984, S. 93ff.

In den Zentralverwaltungswirtschaften des sowjetischen Typs ist auch das Geldwesen streng zentralistisch organisiert. Als Spitzenorgan ist eine Staatsbank mit ihrem nach regionalen Gesichtspunkten geordneten Filialnetz für die Planung und Versorgung der Volkswirtschaft mit Geld in Übereinstimmung mit dem Volkswirtschaftsplan zuständig. Gemeinsam mit den der Notenbank unterstehenden oder ihr zugeordneten Spezialbanken wie Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Außenhandelsbanken usw. ist sie insbesondere für die Planung von Art und Umfang der Kredite sowie des Bargeldumlaufs verantwortlich.

Zentralverwaltungswirtschaften des sowjetischen Typs, wie wir sie nach der Sowjetisierung Ostmitteleuropas überall vorfinden konnten, lassen sich als Großorganisationen von höchster Komplexität begreifen. Organisationszweck ist die Verwirklichung der durch die obersten Instanzen von Partei und Staat formulierten Wirtschaftsziele. Umfang und Interdependenz des darauf auszurichtenden ökonomischen Gesamtprozesses erfordern die Auflösung dieses Zielsystems in eine Fülle von Teilplanaufgaben. Hierzu bedient man sich des hierarchisch gegliederten Apparats der Wirtschaftsverwaltung. Es müssen die räumlich und organisatorisch dezentral lokalisierten Planträger, die ihrerseits individuelle Teilaufgaben im Planungs- und Lenkungsprozeß – oft in Unkenntnis der Teilentscheidungen anderer Instanzen – zu lösen haben, durch das Setzen von organisatorischen Bindungsregeln auf die obersten Organisationszwecke hin ausgerichtet werden. Dabei entstehen Probleme der Informationsgewinnung und der Motivation, und genau dies sind Kernprobleme dieser Wirtschaftsordnungen, die immer wieder zu Versuchen einer Reform im Wirtschaftssystem führen. Von hierher wird verständlich, daß dem Auseinanderdriften der Wirtschaftssysteme zwischen Westmitteleuropa und Ostmitteleuropa später eine Phase folgte, in der die Wirtschaftssysteme in Ostmitteleuropa selbst anfangen auseinanderzudriften. Davon wird noch die Rede sein.

5. Es dürfte nun nicht verwundern, wenn sich infolge dieses grundsätzlichen Auseinanderlaufens der Wirtschaftsordnungen und Wirtschaftssysteme in West- und in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg auch vielerlei ökonomische Kenngrößen wie etwa die Arbeitsproduktivität, die Kapitalproduktivität, der Lebensstandard der Bevölkerung, der Stand der Technologie, die Außenhandelsstruktur usw. in ganz unterschiedlicher Weise entwickelt haben. Für alle diese Aspekte der ökonomischen Entwicklung in den beiden Gebieten Europas gibt es mehr oder weniger brauchbare statistische Unterlagen und Analyseverfahren. Wollte man sie wissenschaftlich zuverlässig vergleichen, dann müßte freilich der sehr differenzierten Ausgangslage der einzelnen Länder Rechnung getragen werden. Auch kann es sein, daß sich hinsichtlich der einzelnen dieser Kenngrößen zeigt, daß diese in verschiedenen Regionen jeweils eines Landes sehr unterschiedlich beschaffen sind. Ein Vergleich der Entwicklung solcher Größen und Tatbestände in beiden Teilen Europas wäre freilich eine sehr schwierige und anhal-

tende Forschungsaufgabe, die hier nicht geleistet zu werden vermag. Es kommt hinzu, daß alle die genannten Größen immer nur isoliert bewertbar wären und sich eine Zusammenfassung der Einzelbewertungen zu einem Gesamturteil aus methodischen und wissenschaftstheoretischen Gründen verbieten würde. Der Verfasser muß sich daher hier auf einige ganz wenige und sehr unvollständige Bemerkungen beschränken.

So hat etwa das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin in seinem Beitrag zu den vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen herausgegebenen „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987“ festgestellt, daß sich die Arbeitsproduktivität der gesamten DDR-Industrie im Jahre 1980 auf rund 50 v. H. jener der Industrie in der Bundesrepublik Deutschland belief¹¹. Der Lebensstandard der Bevölkerung, hier lediglich gemessen an der Konsumgüterversorgung, bleibt ebenfalls erheblich hinter dem in der Bundesrepublik Deutschland zurück. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung formuliert zusammenfassend wie folgt: „Im Vergleich zur Bundesrepublik ist die Konsumgüterversorgung in der DDR viel langsamer vorangekommen. Zwar ist dort der Grundbedarf an Nahrungsgütern und Industriewaren gesichert, doch beim Vergleich mit der Bundesrepublik ist unverkennbar, daß das Angebot in der DDR sowohl in quantitativer als vor allem auch in qualitativer Hinsicht erhebliche Mängel aufweist: Die produzierten Güter gehören allenfalls zur soliden ‚Standardqualität‘, Massenware dominiert, technische und gestalterische Neuerungen setzen sich nur langsam durch. Überdies gibt es Mängel bei der Verteilung des produzierten Güteraufkommens; auch dies macht den Einkauf in der DDR mühsam und zeitraubend. Schließlich werden die Engpässe bei Dienstleistungen, Reparaturen und Ersatzteilen als permanentes Ärgernis empfunden“¹².

Gert Leptin¹³ beschreibt die Tatsache, daß die sich nach 1948/49 Jahr für Jahr intensivierende Verflechtung der westdeutschen Wirtschaft mit den hochentwickelten Industriestaaten der westlichen Welt der Bundesrepublik die Möglichkeit bot, Ausrüstungsgüter zu importieren und jene Disproportionen im Wirtschaftsablauf schnell auszugleichen, die sich aus der Spaltung Deutschlands ergaben, wohingegen die DDR gezwungen wurde, sich wirtschaftlich auf den osteuropäischen Raum, und besonders auf die Sowjetunion, zu konzentrieren, was erhebliche Nachteile für die DDR mit sich brachte. Die Wirtschaftsstruktur der meisten östlichen Außenhandelspartner der DDR entsprach – ausgenommen die Tschechoslowakei – jener von industriellen Entwicklungs- oder Schwellenländern und war daher für einen intensiven Außen-

11) Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Produktion und Produktivität, in: Materialien (wie Anm. 2), S. 345 ff., hier: S. 390 f.

12) Dass.: Indikatoren der Lebenshaltung, in: Materialien (wie Anm. 2), S. 520 ff., hier: S. 520.

13) Vgl. G. Leptin: Deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich, Opladen 1980, S. 59 f.

handel mit der industrialisierten DDR wenig geeignet. Dies hatte zur Folge, daß sich trotz einer vergleichsweise hohen strukturellen Abhängigkeit der Volkswirtschaft der DDR vom Außenhandel nur eine wesentlich geringere Außenhandelsintensität entwickeln ließ als in der Bundesrepublik. Oder um es mit Alfred Schüller zu formulieren: „Im Außenhandel der Bundesrepublik hat man es in hohem Maße mit einem substitutiven ‚intra-industriellen‘ Außenhandel zu tun, im Falle des Außenhandels der DDR mit den RGW-Ländern hingegen vorwiegend mit einem komplementären ‚inter-industriellen‘ Handel, wie er eigentlich nur für Länder typisch ist, die relativ reich an industriellen Rohstoffen sind“¹⁴.

Ganz generell läßt sich auch sagen, daß nach dem Zweiten Weltkrieg die ökonomische Verflechtung zwischen der DDR, Polen und der ČSSR einerseits und der Bundesrepublik, den Benelux-Staaten, Frankreich, Österreich und der Schweiz andererseits durch die Unterbrechung der früheren gewachsenen Wirtschaftsbeziehungen erheblich zurückging. Dies wurde von östlicher Seite nacheinander mit dem Marshall-Plan, mit dem Kalten Krieg, mit dem Entstehen der Nato und schließlich mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu begründen versucht. Tatsache ist jedoch, daß zwischen den erstgenannten Staaten (DDR, Polen, ČSSR) die ökonomische Verflechtung gegenüber der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg ebenfalls geringer war, während sie zwischen den genannten westmitteleuropäischen Staaten ständig zunahm. EWG und EFTA vermochten es nicht, das westliche Mitteleuropa zu spalten, während der RGW trotz seiner Zielsetzungen die Integration im östlichen Mitteleuropa kaum vorangebracht hat.

II

1. Diese Phase des Auseinanderdriftens der Wirtschaftssysteme von Ost- und Westmitteleuropa wurde begleitet vom Beginn einer Entwicklungsphase, in der die Wirtschaftssysteme Ostmitteleuropas selbst zumindest partiell auseinanderdrifteten.

Es ist bereits erwähnt worden, daß gewisse Kernprobleme einer Zentralverwaltungswirtschaft des sowjetischen Typs – nämlich Probleme der Informationsgewinnung und der Handlungsmotivation – zu Funktionsstörungen führen, die beträchtliche Leistungsschwächen des Wirtschaftssystems und Mängel in der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des individuellen Bedarfs nach sich ziehen, und daß daher immer wieder der Versuch gemacht wurde und wird, die zentralverwaltungswirtschaftliche Ordnung in den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas einer Reform zu unterziehen. Ohne daß der Verfasser die

14) Vgl. G. Gutmann, A. Schüller: Grundsachverhalte und Grundfragen des Wirtschaftens in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR, in: Materialien (wie Anm. 2), S. 1ff., hier: S. 7f.

Absicht und die Möglichkeit hätte, hier die Geschichte dieser Reformen im einzelnen nachzuzeichnen – das wäre eine besondere Aufgabe –, möchte er doch stichwort- und skizzenartig die wichtigsten Reformereignisse der zurückliegenden Jahrzehnte in Erinnerung rufen¹⁵.

2. Angeregt von den Reformvorschlägen Evsej G. Libermans in Char'kov, die am 9. September 1962 in der „Pravda“ veröffentlicht wurden – und möglicherweise auch von den Überlegungen von Fritz Behrens und Arne Benary – begann mit einem Ministerratsbeschluß vom 11. Juli 1963 in der DDR das Reformexperiment des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“, in dem man versuchte, vermittels eines Systems ökonomischer Hebel und der synthetischen Kennziffer „Gewinn“ den Wirtschaftsprozess mehr indirekt zu steuern als bis dahin. 1967 wurde das Reformexperiment dann zum „ökonomischen System des Sozialismus“ erweitert und durch Politbürobeschluß vom 8. September 1971 abrupt wieder beendet.

3. Zwei Jahre nach der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems in der DDR wurde in der Sowjetunion eine Wirtschaftsreform beschlossen, die eine Preisreform und eine Reform der Implementation der zentralen Planziele umfaßte. Die Anzahl der den Betrieben vorgegebenen Kennziffern wurde auf acht Kennzifferngruppen reduziert. Man ging dabei von der Hauptkennziffer „Bruttoproduktionswert“ ab. Mit der Reform des Kennziffernsystems war auch eine Vereinfachung des Systems der „ökonomischen Stimulierung“ verbunden und ein System „ökonomischer Hebel“ ergänzte das Ganze, ohne daß es dabei zu einer echten Dezentralisierung der Entscheidungen auf die Betriebe gekommen wäre.

4. Während in Polen in diesen Jahren nur marginale Reformmaßnahmen durchgeführt wurden, man also Polen zum Lager der konservativen Reformer rechnen mußte, entwickelte sich in Ungarn – nachdem sich dort bereits zwischen 1953 und 1956 erste Elemente eines marktsozialistischen Systems abzeichneten – seit dem 1. Januar 1968 der „Neue Ökonomische Mechanismus“, durch welchen Selbständigkeit, Initiative und Verantwortungsgefühl der Unternehmungen gestärkt werden sollte. In einem Beschluß des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei aus dem Jahre 1966 wird dargelegt, daß hierzu den Kategorien Markt, Preise, Geld und Rentabilität eine aktive Bedeutung beigemessen wird. Es heißt in dem Beschluß: „Die Entfaltung der aktiven Rolle des Marktes erfordert die Ablösung des schwerfälligen, bürokratischen Systems der zentralisierten Material- und Produktionsbewirtschaftung sowie deren behördliche Verteilung durch den Handel, d. h. es muß

¹⁵) Vgl. hierzu P. Dobias: *Theorie und Praxis der Planwirtschaft*, Paderborn 1977, insb. S. 187ff.; ders.: *Die Wirtschaftssysteme Osteuropas*, Darmstadt 1986; ferner H. Leopold: *Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich*, 5. Aufl., Stuttgart 1988, insb. S. 139ff.

ermöglicht werden, daß die Produktionsbetriebe selbst entscheiden, was und wieviel sie innerhalb ihres Tätigkeitsbereiches erzeugen und zum Verkauf anbieten, bzw. in welcher Menge sie für ihr Geld von anderen Unternehmen ihre Produktionsmittel beschaffen . . . – die Verbraucher sollen die Möglichkeit haben – innerhalb des von den volkswirtschaftlichen Interessen diktierten Rahmens –, zwischen heimischen und eingeführten Waren, die Verkäufer hingegen zwischen Inland- und Exportverkauf zu wählen“¹⁶.

Es zeichnete sich also hier – und zwar in aller Stille – eine umfassende Reform des Wirtschaftssystems in Richtung auf eine marktsozialistische Wirtschaft ab. Im Zuge der Perestrojka-Bewegung in der UdSSR ist Ungarn derzeit dabei, diesen Wirtschaftsreformkurs fortzuführen. So soll Rezső Nyers, Mitglied des Politbüros, verkündet haben, wo in Ungarn Privateigentum mehr Nutzen bringe als Staatseigentum, müsse die Wirtschaft privatisiert und privates Unternehmertum müsse gefördert werden.

5. Dramatisch verlief bekanntlich die Reform des Wirtschaftssystems in der Tschechoslowakei Ende der sechziger Jahre, an dessen Konzipierung vor allem das Ökonomische Institut der Akademie der Wissenschaften in Prag mit Ota Šik und seinen Mitarbeitern beteiligt war. Die schrittweise Einführung des Reformprogramms, das auf die Herbeiführung einer marktsozialistischen Wirtschaftsordnung ausgerichtet war, sollte im Januar 1966 beginnen, wurde aber zunächst verschoben und dann erst im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen des „Prager Frühlings“ von 1968 richtig begonnen¹⁷. Mit der Invasion von Truppen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten vom August 1968 war dann freilich der Reform der Boden entzogen und rund zwei Jahre danach war das alte System der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs im Prinzip wieder hergestellt.

6. Nachdem Polen in den sechziger und siebziger Jahren zu den sehr konservativen Reformern zu zählen war, änderte sich das im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen seit 1980/81 und der nachfolgenden katastrophalen Lage der polnischen Wirtschaft. Bereits 1982 wurden mehrere Reformgesetze verkündet, aber offenbar sind Reformen damals ganz einfach steckengeblieben. In der sogenannten „zweiten Etappe“ der Reform wurde ein neuer An-

16) Beschluß des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei über die Reform des Wirtschaftsmechanismus (1966), zit. nach Leipold (wie Anm. 15), S. 141.

17) Vgl. hierzu K. P. Hensel u. Mitarbeiter: Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei. Mit Dokumentation, Stuttgart 1968; ferner J. Kosta: Die tschechoslowakische Wirtschaftsreform der sechziger Jahre, in: Sozialistische Marktwirtschaften. Konzeptionen und Lenkungsprobleme, hrsg. von H. Leipold, München 1975, S. 48ff.; ferner O. Kyn: Die tschechoslowakische Wirtschaftsreform und ihr Ende, in: Die Wirtschaftsordnungen Osteuropas im Wandel. Ergebnisse und Probleme der Wirtschaftsreformen, Bd. I: Länderberichte. Ausmaß und Bedeutung der institutionellen Veränderungen, hrsg. von H.-H. Höhmann, M. C. Kaser, K. C. Thalheim, Freiburg 1972, S. 139ff.

lauf genommen, den Karl C. Thalheim wie folgt kommentiert: „Die verkündeten Absichten gehen sehr weit: Die polnische Wirtschaft würde danach zu einem ansehnlichen Teil marktwirtschaftlichen Regeln unterstellt, die Planung auf globale Ziele beschränkt, der Apparat der Wirtschaftsverwaltung stark eingeschränkt werden. Die Preissubventionierung, die den Staatshaushalt sehr belastet, soll eingestellt werden, was natürlich erhebliche Preissteigerungen zur Folge haben muß. Die Möglichkeiten für selbständige unternehmerische Tätigkeit sollen erweitert werden, besonders im Handel und Dienstleistungsgewerbe. ... Schlecht wirtschaftende Staatsbetriebe sollen in Zukunft nicht mehr auf finanzielle Hilfe des Staates rechnen können. Das Bankwesen soll dezentralisiert werden. Insgesamt scheint es, daß nach den bisher bekannten Plänen der polnischen Regierung das polnische Wirtschaftssystem ziemlich nahe an eine sozialistische Marktwirtschaft herangerückt werden soll“¹⁸.

7. Das vielleicht spektakulärste Reform-Ereignis der zurückliegenden Jahrzehnte ist der als „Perestrojka“ bekannt gewordene und mit „Glasnost“ einhergehende sogenannte „radikale“ Umbau im sowjetischen Wirtschaftssystem, den der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbačev, eingeleitet hat. Spektakulär weniger wegen des Reforminhalts, der sich gar nicht so massiv von den Reformexperimenten etwa des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der DDR während der sechziger Jahre unterscheidet, als vielmehr wegen der Tatsache, daß er im Kernland zentralverwaltungswirtschaftlicher Systeme stattfindet und mit einer erheblichen Reform im kulturell-gesellschaftlich-politischen Bereich verbunden ist. Gemäß einem ZK-Beschluß vom 27. Juni 1987, den sogenannten „Grundbestimmungen einer radikalen Umgestaltung der Wirtschaftsleitung“, wird der Inhalt der radikalen Umgestaltung der Leitung der Wirtschaft in einem Übergang von den vorherrschend administrativen zu den ökonomischen Leitungsmethoden gesehen.

8. Wenngleich es reizvoll wäre, auf das Reformprojekt „Perestrojka“, dessen derzeitigen Stand und seine Aussichten näher einzugehen, kann dies hier nicht die Aufgabe sein. Es ist lediglich darauf hinzuweisen, daß die derzeitige sowjetische Wirtschaftsreform zu sehr unterschiedlichen Reaktionen in den ostmitteleuropäischen Staaten geführt hat, die es erlauben, von einem verstärkten Auseinanderdriften der Wirtschaftssysteme in diesen Ländern zu sprechen. Während Ungarn Perestrojka geradezu dazu benutzt, eigene Reformen weiter voranzutreiben, und auch Polen Reformanstrengungen verstärkt, tut sich die politische Führung in der Tschechoslowakei schwer. Zwar werden auch dort Reformmaßnahmen angekündigt, aber in der Praxis verlaufen sie of-

18) K. C. Thalheim: Grundfragen der heutigen Wirtschaftsreform in sozialistischen Ländern und die Sonderstellung der DDR, in: Glasnost und Perestrojka auch in der DDR?, hrsg. von der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen, Berlin 1988, S. 16ff., hier: S. 39.

fenbar noch sehr schleppend. Die politische Führung der DDR allerdings blockiert Reformen derzeit sehr konsequent und hält – sicherlich wegen ihrer Erfahrungen mit dem Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft aus den sechziger Jahren – am bisherigen Wirtschaftssystem fest. Niemand ist derzeit in der Lage, die weitere Entwicklung der Wirtschaftssysteme in den ostmitteleuropäischen Staaten zuverlässig zu prognostizieren, einfach deshalb nicht, weil „Perestrojka“ nach des Autors Auffassung ein offener historischer Prozeß ist, von dem derzeit niemand weiß, ob er einen wirklichen Durchbruch zu einem neuen, andersartigen System bringen, im Durchwursteln versanden oder wieder eine Rückkehr zum alten System mit sich bringen wird.

III

1. Gleichwohl ist erkennbar, daß die Bewegungsrichtung dort, wo derzeit Reformen am Wirtschaftssystem tatsächlich stattfinden, sei es mit oder sei es ohne kurzfristigem Erfolg, auf die Schaffung von Ordnungsstrukturen gerichtet ist, die mehr oder weniger marktwirtschaftlicher Art sind. Die Phase des partiellen Auseinanderdriftens der Wirtschaftssysteme in Ostmitteleuropa selbst bedeutet daher zugleich eine Entwicklung, die man – in aller Vorsicht – als den Beginn einer *Wiederannäherung* der Wirtschaftssysteme Ostmitteleuropas an die Westmitteleuropas interpretieren kann, ohne daß dies freilich heißen soll, dieser Entwicklungsprozeß sei bereits eindeutig und unumkehrbar, und er müsse schon in kurzer Frist zum Abschluß kommen. Zwar ist Wolfgang Seiffert zuzustimmen¹⁹, wenn er mit Bezug auf Martin Kriele die Auffassung vertritt, daß der Wettbewerb der Systeme auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet längst zugunsten der Sozialen Marktwirtschaft und der freiheitlichen Demokratie entschieden ist. Da aber die funktionale Logik von Marktwirtschaft *dezentralisierte Entscheidungsstrukturen auf der Basis privater Eigentumsrechte und autonomer Wirtschaftssubjekte* impliziert und damit liberalen Wertvorstellungen und einer entsprechenden Anthropologie entspricht, steht sie im Widerspruch zu marxistischen Wertvorstellungen²⁰. Die Kontroverse zwischen dem, was zur ökonomischen Effizienzsteigerung *funktional notwendig* ist, und dem, was aus marxistischen Wertvorstellungen heraus *erwünscht* ist, bringt es leicht mit sich, daß Reformen an sozialistischen Wirtschaftssystemen nur halbherzig vorgenom-

19) Vgl. W. Seiffert: Die sozialistischen Staaten und die westliche Welt: Konfrontation oder Kooperation?, in: Die Zukunft der sozialistischen Staaten, hrsg. von W. Gumpel (Veröff. der Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Bd. 27), München 1988, S. 22ff., hier: S. 28f.

20) Vgl. W. Linder: Reformen oder Beharrung – Chancen der Wirtschaftsentwicklung der sozialistischen Staaten? In: Die Zukunft der sozialistischen Staaten (wie Anm. 19), S. 59ff.

men oder vorzeitig wieder abgebrochen werden. Das kann den begonnenen Prozeß der Annäherung der Wirtschaftssysteme von Ost- und Westmitteleuropa möglicherweise zu einem längerfristig andauernden machen, bei dem es auch gelegentliche Rückschläge gibt.

2. Unterstützt wird eine solche Bewegung der Wiederannäherung wohl auch durch die von „Perestrojka“ ausgelöste Entspannung im Verhältnis von RGW und EG. Nachdem auf der Grundlage der Römischen Verträge 1957 die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) geschaffen wurde, reagierten die Sowjetunion und andere RGW-Länder mit einer heftigen propagandistischen Antikampagne²¹. Hiervon ist man heute weit entfernt. Ein zentraler Punkt der bisherigen Auseinandersetzung war, daß die Mitgliedsländer des RGW diesem keinerlei nationale Hoheitsrechte übertragen haben, wogegen nach Art. 113 des EWG-Vertrags der EWG am 1. Januar 1970 die Befugnis zur Ausübung der gemeinsamen Handelspolitik übertragen wurde. Hinsichtlich der Beziehungen der EWG-Mitgliedsländer zu den osteuropäischen Staaten wurde als Ausnahmeregelung die Möglichkeit gegeben, daß die einzelnen EWG-Mitgliedsländer noch drei Jahre lang bilaterale Abkommen schließen konnten, die aber zum 31. Dezember 1974 auslaufen sollten. Die Sowjetunion verlangte nun stets, daß ein Handelsabkommen zwischen der EG einerseits und dem RGW andererseits geschlossen werden sollte, was die EG freilich deshalb ablehnen mußte, weil ja der RGW gar keine handelspolitische Kompetenz besitzt und demzufolge über keine gemeinsamen handelspolitischen Instrumente verfügt, über deren Anwendung ein Abkommen hätte getroffen werden können. Darüber hinaus wollte die EG vermeiden, daß durch ein solches Abkommen zwischen den beiden Organisationen die Hegemonie der Sowjetunion, die ja im RGW die dominierende Stellung hat, über die anderen RGW-Länder gestärkt würde. Aus der Sicht der EG waren nur bilaterale Verträge zwischen der EG einerseits und den einzelnen Mitgliedsländern des RGW andererseits möglich. Nachdem Michail Gorbatschow sein Amt 1985 übernommen hatte, unterstrich er die Notwendigkeit, Wirtschaftsbeziehungen zwischen EG und RGW herzustellen, und er deutete an, die Einheit der EG-Mitgliedsländer zu respektieren. 1985 schlug dann der Sekretär des RGW, Syčev, der EG-Kommission vor, eine gemeinsame Erklärung abzugeben, mit der offizielle Beziehungen zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken eröffnet werden könnten, ohne daß es sich dabei um einen formellen Handelsvertrag handelt. Diese „Gemeinsame Erklärung über die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ wurde dann am 25. Juli 1988 in Luxemburg unterzeichnet.

21) Vgl. hierzu und im folgenden Beatrice Repetzki: Der schwierige Dialog zwischen der EWG und den europäischen RGW-Ländern, in: Osteuropa-Wirtschaft 33 (1988), H. 3, S. 219ff.; ferner M. Schmitt: Das Ostgeschäft von morgen. Neue Perspektiven und Chancen, Baden-Baden 1988, insb. S. 107ff.

Der Unterzeichnung der Erklärung folgten Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der EG und den RGW-Mitgliedsstaaten. Mit Ausnahme zu Rumänien bestehen diese Beziehungen inzwischen. Auch die Verhandlungen über bilaterale Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EG und RGW-Mitgliedsländern sind in zwei Fällen zum Abschluß gekommen. Mit der Tschechoslowakei wurde ein Handelsvertrag und mit Ungarn ein Handels- und Kooperationsabkommen unterzeichnet. Mit Polen und der DDR wird derzeit verhandelt.

3. Ein wesentlicher Grund für die neue Haltung des RGW gegenüber der EG ist der sich abzeichnende Gemeinsame Westeuropäische Markt nach 1992. Man befürchtet nämlich, daß die Schaffung des EG-Binnenmarktes nichttarifäre Handelshemmnisse für die RGW-Länder mit sich bringt, die dadurch entstehen, daß im Rahmen der EG-Harmonisierungsmaßnahmen technische Standards und Industrienormen in der EG auf einem Niveau festgesetzt werden, dem Polen, die ČSSR, Ungarn und die Sowjetunion sowie die anderen RGW-Länder nicht gewachsen sind.

„Gegenwärtig noch bestehende Marktnischen für Produkte von niedrigem Standard gingen dann für den polnischen und tschechoslowakischen Export verloren“²². Außerdem wird befürchtet, daß die südeuropäischen Mitglieder der EG hinsichtlich der Versorgung der EG mit Lebensmitteln – vor allem mit Obst und Gemüse – auf Abschottung drängen werden. Man ist daher – das gilt vor allem für Ungarn – bestrebt, die befürchteten Probleme durch Kooperation mit Westeuropa zu bewältigen. Derzeit stellt man in Ungarn Überlegungen an, wie man näher an die EG heranrücken kann. So forderte bereits im Mai 1988 der damalige ZK-Sekretär für Wirtschaftsfragen, Miklos Nemeth, „die ungarische Wirtschaft lebendig an die Wirtschaft und Unternehmen der westeuropäischen Länder zu binden, ja sogar die ‚Integration Ungarns in die EG‘“²³. Neuerdings spricht man von der Absicht einer EG-Assoziation Ungarns, und man diskutiert offenbar die Möglichkeiten eines Rückzugs aus dem RGW. Dies verstärkt sicherlich die Hoffnung, daß zukünftig die Wiederannäherung der Wirtschaftssysteme und der Wirtschaften in Ost- und Westmitteleuropa Fortschritte machen wird.

22) M. Ludwig: Die Haltung der ČSSR und Polens gegenüber der EG und anderen Formen der westeuropäischen Integration, in: Aktuelle Analysen, Nr. 13/1989, hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, S. 2.

23) Ders.: Ungarn, Bulgarien, Rumänien und die westeuropäische Einigung, in: Aktuelle Analysen, Nr. 16/1989, hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, S. 3.

Summary

Economic Systems in West and East Central Europe

While after 1945 in the states of East Central Europe the economic systems have been formed according to the Soviet pattern, the development in West Central Europe was characterized by the establishment of market economies. Germany is the best example for the diverging of the economic systems in West and East Central Europe. Here the division of Germany took place by the creation of the two specific order structures of a centrally planned economy of the Soviet type in the East and a social market economy in the West.

Due to the diverging of the economic system in West and East Central Europe, economic development took different courses as well. Functional problems of the systems in East Central Europe become manifest in their economic backwardness compared with the Western countries as regards important economic indicators.

Difficulties in gathering relevant information and in motivating economic activities – the central problems of Eastern economic systems – led to a number of reformatory attempts which entailed the divergence of the economic systems even within East Central Europe because of different timing and different conceptions. The latest reformatory process in the U.S.S.R. seems to intensify this development, for till now the reactions in the states of East Central Europe turn out to be very differentiated.

At the same time, this process of diverging of the economic systems in East Central Europe may be interpreted as the beginning of a rapprochement of the economic systems in East and West Central Europe, since all present reformatory measures aim more or less at the establishment of structures of a market economy. There is still the danger of half-hearted reforms or their premature relinquishment, though, since the functional logic of market economies is inconsistent with Marxist values. Therefore the process of rapprochement of these economic systems may cover a relatively long period and be connected with occasional setbacks. The tendency of rapprochement is supported by the détente in the relationship between COMECON and EC, which began in the course of "Perestrojka".